

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 357

12. April 2006

12. Jahrgang

## Die katholische Kirche stärkt ihre soziale Linie

Auch wenn die katholische Kirche in Guatemala einen Grossteil ihrer Hegemonie eingebüsst hat, ist sie nach wie vor eine wichtige soziale und politische Akteurin. Schon immer haben in Guatemala zwei Kirchen unter einem Dach gelebt: Die eine konservativ und wenig konfrontativ, die andere den sozialen Kämpfen und den Basisgemeinden verpflichtet. Eine interne Dichotomie, die sich in unterschiedlicher Intensität über Jahre die Waage hielt und die sich nun mit der Wahl von Bischof Ramazzini zum Präsidenten der guatemaltekischen Bischofskonferenz (CEG) auf die Seite der sozial engagierten Kirche zu neigen scheint. Vertreter verschiedener Strömungen innerhalb der katholischen Kirche erklärten gegenüber *Inforpress* (Nr. 1647) die aktuelle Lage des Katholizismus, seine verschiedenen Visionen und seine soziale Position und Beteiligung im guatemaltekischen Gesellschaftsgefüge.

### Ramazzini: Garant für das Soziale

In einem Moment zunehmender sozialer Probleme hat sich die katholische Kirche mit der Wahl von Alvaro Ramazzini zum Präsidenten der Bischofskonferenz, konsequent für die soziale Linie entschieden (siehe *Fijáte!* 353). Ramazzini ist Bischof von San Marcos und bekannt für seine dezidierten Positionen und seinen Aktivismus in Themen wie dem Minenabbau, der Migration, der Landverteilung und der Freihandelsabkommen. Die Wahl Ramazzinis rief erwartungsgemäss Stimmen auf den Plan, die eine Radikalisierung und Stärkung des Sozialen innerhalb der katholischen Kirche vorhersagen bzw. befürchten.

Sämtliche von *Inforpress* befragten Quellen zeigen sich zufrieden mit der Wahl Ramazzinis, selbst der *Opus Dei*, der im Prinzip der Linie der Diözese von San Marcos weit entfernt steht. Die Meinungen gehen jedoch auseinander bei der Frage, ob Ramazzini die Geschäfte der Bischofskonferenz wie bisher weiterführt oder ob eine Stärkung der sozialen und progressiven Kräfte innerhalb der Kirche zu erwarten ist.

Für den Jesuiten Ricardo Falla ist die Wahl von Ramazzini ein Zeichen des Vertrauens in eine neue Generation von Bischöfen, denen die Veteranen langsam das Spielfeld räumen.

Santiago Otero, ehemaliger Hilfssekretär der Bischofskonferenz sieht in der Wahl von Ramazzini die Weiterführung der bisherigen Linie der CEG. Bereits sein Vorgänger Rodolfo Quezada Toruño habe immer aktiv und realitätsbezogen Position eingenommen und sich sehr bestimmt für soziale Belange eingesetzt. Diese Meinung vertritt auch der Bischof von Quetzaltenango und ebenfalls Ex-Präsident der CEG, Víctor Hugo Martínez: „Es wird keine Richtungsänderung geben, sondern die bereits eingeschlagene Richtung wird mit mehr Engagement weiter verfolgt“.

Nicht alle teilen diese Meinung. Tomás García, Pfarrer in der Diözese von Martínez, ist der Meinung, die Kirche sei mit der Wahl Ramazzinis in Sachen Soziales und Progressivität zu weit gegangen.

Für Pfarrer Ricardo Bendaña, Jesuit und Historiker, bedeutet die Wahl Ramazzinis das Wiederaufnehmen einer Initiative, die mit der strategischen Ermordung von Bischof Ge-

rardi verloren ging.

Weiterführung oder Bruch mit der bisherigen Linie der Bischofskonferenz, Tatsache ist, dass die Wahl von Ramazzini das Abbild einer Kurie ist, die laut Bendaña, politisch links oder mitte-links steht. Einer Kurie, in der es kaum einen Vertreter der konservativen Linie gäbe, alle hätten ein soziales Bewusstsein, meint der Jesuit.

### Politisch-Religiöse Debatte

Das aktive Engagement der katholischen Kirche in konfliktiven Themen wie kürzlich die Mediation im Streit der LehrerInnen mit der Erziehungsministerin, oder im Minenabbau, die klare Positionierung in sozialpolitischen Fragen wie beispielsweise der Migration oder den Freihandelsabkommen, hat in gewissen Kreisen zur Kritik geführt, die Kirche würde ihr Mandat überschreiten und sich in politische Themen einmischen. Diese Kritik ist nicht neu, ebenso wenig die Debatte über die Grenzen des kirchlichen Engagements. Alle von *Inforpress* befragten Personen, unabhängig ihrer religiösen Tendenz, sind sich jedoch darin einig, dass jeder Aspekt, der mit der Würde des Menschen zu tun hat, zum Auftrag der Kirche gehöre.

Fernando Bermúdez, Theologe, Laienmissionar und Koordinator des Menschenrechtsprogramms der Diözese San Marcos, erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Einmischung der Kirche in solche Fragen nicht eine politische Angelegenheit sei sondern Teil des Evangeliums und somit Teil der sozialen Doktrin der Kirche. Die Rechte habe Christus in die Sakristei sperren, sein soziales Engagement zunichte machen und sein Wirken allein aufs Spirituelle reduzieren wollen, kritisiert Bermúdez.

Selbst Sektoren wie der *Opus Dei*, die traditionellerweise im sozialen Bereich weniger aktiv sind, erklären gegenüber *Inforpress*: Die Bischöfe haben die Verpflichtung, die Menschen in zivilen Fragen zu beraten und zu orientieren, vor allem wenn es um die Gerechtigkeit und Würde der Gläubigen geht. Pedro Vinicio Donis, Direktor des Informationsbüros von *Opus Dei* in Guatemala, hebt speziell die Beteiligung von Kardinal Rodolfo Quezada als Vermittler bei den Friedensverhandlungen zwischen der Guerilla

und der Regierung hervor. Ebenso die Rolle von Ramazzini bei der Verteidigung der menschlichen Würde der am meisten Benachteiligten. „Das Problem ist der Protagonismus, den viele Menschen den Pfarrern vorwerfen. Doch was Ramazzini macht ist nichts anderes, als seine Aufgabe als Pfarrer zu erfüllen. Wenn ihm jemand vorwirft, er mische sich in die Politik ein, dann soll diese Person zuerst die Dokumente der Kirche über die Aufgaben eines Bischofs lesen und sie wird sehen, dass Ramazzini das macht, was er machen muss, nämlich die soziale Doktrin der Kirche umsetzen“, ergänzt Donis.

In eine ähnliche Richtung spricht auch Víctor Ruano, ehemaliger Direktor des Priesterseminars: „Ich finde es hervorragend, mehr noch, ich finde es richtig und notwendig, dass sich die Kirche in politische Themen einmischte. Politische Themen sind immer menschliche Themen und alles, was den Menschen betrifft, ist für die Kirche von Interesse. Die Kirche mischt sich ein, um die Würde des Menschen zu verteidigen, vor allem dann, wenn es offensichtlich ist, dass die Regierung sich nicht um die Würde der Menschen kümmert und nur im Dienste der Mächtigen steht.“

### Konservative Moral

Gegenüber der aktiven und progressiven Einstellung in sozialen Themen, welche die guatemaltekeische und überhaupt die lateinamerikanische Kirche auszeichnet, ist die kirchliche Position in moralischen Fragen nicht gerade fortschrittlich. Dies geben auch alle von *Inforpress* befragten Kirchenmänner zu, vor allem, wie Tomás García konkretisiert, wenn es ums Thema Sexualität geht. Dies hat sich in der jüngsten Debatte um das Familienplanungsgesetz gezeigt, gegen das sich die Bischofskonferenz vehement ausgesprochen hat.

„Im Sozialen ist die Kirche offen, engagiert, aber im moralischen ist sie konservativer. Ich habe sogar festgestellt, dass die KatholikInnen, die im sozialen Bereich am engagiertesten sind, in moralischen Fragen oft am verschlossensten sind. Für mich ist das fragwürdig. Wir dürfen nicht dogmatisch sein, wir dürfen nicht einer Diktatur der Dogmen verfallen“, erklärt Fernando Bermúdez.

Ricardo Bedaña dazu: „Wir sind TraditionalistInnen. Es gibt eine Art geistigen Konservatismus. Es gibt Dinge, über die nicht verhandelt werden kann, wie zum Beispiel Abtreibung, aber auch hier findet eine gewisse Öffnung statt, z.B. beim Thema Scheidung. Hier scheinen die Bischöfe fortschrittlicher zu sein als die Gläubigen. Junge SeminaristInnen haben heute die Tendenz, konser-

vativer zu sein als frühere Generationen.“

### Und die Befreiungstheologie?

1976 haben die Bischöfe in Guatemala ihr traditionelles Schweigen gebrochen und mit ihrem Hirtenbrief „Gemeinsam für Hoffnung“ eine anklägerische Richtung eingeschlagen. Damit brachen sie die konservative und traditionelle Allianz mit der Macht, verkörpert bislang durch Bischof Rossell, der den Sturz von Jacobo Arbenz befürwortete, und Bischof Casariego, der explizit verbot, über irgend etwas im Zusammenhang mit „sozialer Gerechtigkeit“ zu sprechen.

Seit 1976 und speziell seit dem Tod von Casariego im Jahr 1983, erhebt die Kirche immer und immer wieder ihr Wort zur Situation des Landes. Ein Höhepunkt ist der Hirtenbrief im Jahr 1988, „Clamor por la Tierra“, wo sie das Landthema aufnimmt und die ungerechte Landverteilung anprangert.

Diesen Bewusstseinsprozess musste die guatemaltekeische katholische Kirche in Form von Verfolgungen und Ermordungen von Pfarrern und Katecheten teuer bezahlen. Die Anzahl der wegen ihres christlichen Glaubens Ermordeten führte dazu, dass die Kirche als eine Märtyrerkirche bezeichnet wurde. Durch Gewalt zum Schweigen gebracht und wegen der Verfolgung, der diese Doktrin durch den Vatikan ausgesetzt ist, verliert die Befreiungstheologie an Kraft und wird in den Hintergrund verdrängt.

Als ein „Thema vergangener Jahre“ bezeichnet der Bischof von Escuintla, Víctor Hugo Palma, diese Linie. Heute habe sich das Konzept der Befreiungstheologie weiterentwickelt, man spreche von einer Theologie der Solidarität.

Viele der Befragten sind der Meinung, die Befreiungstheologie sei überhaupt nicht verschwunden, im Gegenteil, sie sei noch sehr präsent im Gedankengut der lateinamerikanischen Kirche. Gemäss Santiago Otero gehört sie zu den wichtigsten Prinzipien vieler Kirchen. Wenn die Realität sich nicht verändert, ist die Befreiungstheologie aktueller denn je, auch wenn man sie nicht so nennt“, erklärt Otero.

„Der Name ist das Geringste. Wir sprechen nicht von Befreiungstheologie, wir leben sie“, bestätigt Ramazzini.

### Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Während Jahrzehnten, während Jahrhunderten, gab es innerhalb der katholischen Kirche verschiedene Tendenzen und Arten, die Religion zu verstehen. Es sind Strömungen, die in groben Zügen in „progressiv“ und „konservativ“ unterteilt werden können. Unterschiede die, wie einige Theologen ge-

genüber *Inforpress* erklären, auch heute nicht ganz verschwunden sind, die sich aber im Laufe der Zeit angeglichen und ausgeglichen haben. Heutzutage würden die Gemeinsamkeiten mehr gewichtet als die Unterschiede. Uneinigkeit herrscht darüber, wie viele Vertreter der Kirchenhierarchie die Linie der Bischofskonferenz wirklich gutheissen.

Victor Hugo Palma spricht von Halbtungen, nicht von Tendenzen. Die Unterteilung in progressiv und konservativ genüge nicht als Erklärung, einige Kirchenleute seien in gewissen Fragen offener, in anderen nicht. Man dürfe das nicht verallgemeinern. Als Beispiel nennt er Bischof Romero aus El Salvador, der dem *Opus Dei* nahe gestanden habe.

Gemäss Víctor Ruano zeichnet sich die aktuelle Bischofskonferenz durch die Vielfalt der darin vertretenen Tendenzen aus, auch wenn sich diese nicht öffentlich ausdrücken. Dasselbe könne man von der *Vereinigung der Religiösen Guatemalas* (COFREGUA) sagen, ebenso von den laizistischen Vereinigungen. Einige verfolgen mehr die Doktrin, andere machen sich für die Benachteiligten stark, wieder andere konzentrieren sich auf die Inkulturation oder auf Befreiungsprozesse.

Bedaña ergänzt, dass die guatemaltekeische Kirche stark, aber gleichzeitig sehr zersplittert sei. Der konservative Sektor sei gewichtig, aber wenig einflussreich in der Bischofskonferenz.

Als konservativer Sektor werden u.a. Bewegungen wie der *Opus Dei*, die *Heraldos de Dios* („Herolde Gottes“) und die *Neokatechumen* (Kikos, nach ihrem Begründer Kiko Argüello benannt, die überwiegend die Erwachsenentaufe vornehmen), ebenso die *Charismatische Erneuerung*.

Zu den einigenden Gemeinsamkeiten der katholischen Kirche gehören laut Bedaña die gemeinsame 500-jährige Geschichte, die Papsttreue, die Hierarchie, die Verehrung der Jungfrau Maria und, zu einem gewissen Grad, die protestantische Herausforderung. Ein Protestantismus der sich, in seiner neuapostolischen Version, in Guatemala stark ausgebreitet hat mit einer Botschaft, die Erlösung ohne soziales Engagement verspricht. Diese neuen Strömungen machen dem Katholizismus ihren traditionellen Platz streitig und ziehen auch immer mehr konservative Sektoren an, während die katholische Kirche mehr die sozial denkenden Sektoren vereint.

Unabhängig von Tendenzen, Spaltungen und Widersprüchen kann nicht geleugnet werden, dass die katholische Kirche in der Lage gewesen ist, sich den Veränderungen der Zeit anzupassen und eine enorme Wandlungsfähigkeit an den Tag zu legen.

## Aufruf zum Nationalen Maya- und Volksaufstand

**Guatemala, 06. April.** Nach einer erneuten Massendemonstration Ende März und aufgrund der ausbleibenden positiven Antwort seitens der Regierung hinsichtlich ihrer wiederholten Forderungen, rufen soziale, Gewerkschafts- und indigene Organisationen zum sog. „Nationalen Maya- und Volksaufstand auf“. Dabei soll es sich nicht um eine angekündigte Demo oder isolierte Aktionen handeln, sondern um einen Plan, der die Kampfesfront sichtbar macht, seien doch Taten anscheinend die einzige Form, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Der angekündigte Aufstand erinnere laut Vizepräsident Stein an die gewalttätigen Aktionen während des internen bewaffneten Konflikts. Es solle doch lieber eine neue Dialogphase aufgenommen werden, um die Unstimmigkeiten zu benennen.

Doch Juan Tiney, Führungsperson der BäuerInnenkoordination CONIC, verwies auf den Spott gegenüber den Organisationen, den die Antwort der Exekutive auf ihre Vorschläge offenbart habe, der zeige, dass offenbar kein wirkliches Interesse in der Sache bestehe. Das überreichte Dokument sei eine Aufzählung der ausgeführten Aktionen durch die Regierung und stelle überhaupt keine Lösung für die zahlreichen Forderungen, wie für den Minenber-

bau, die Agrarkonflikte, den Schuldenerlass für Landkredite, die Schulbildung und das Ende der Finca-Räumungen, dar.

Das Kommuniqué der *Plataforma Agraria* kommt in ihrer Analyse der aktuellen „Agrar-Politik“ zu dem Schluss, dass diese autoritär, rassistisch und ausschliessend gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung sei: „Die derzeitige Regierung glaubt, dass sie mit ihren Programmen das Land auf dem Weg in Richtung Entwicklung führt, doch es ist offensichtlich, dass die Etatzuweisungen für die folgenden Programme die armen BäuerInnen überhaupt nicht begünstigt: „Wälder der Eintracht“ ist die Zahlung an die ehemaligen Zivilpatrouillen (EXPAC) in Höhe von 467,9 Mio. Quetzales. „Guate-investiert“ hat die Exporteure und die Toursimus-Taxis beglückt (13.7 Mio. Quetzales). Die Verteilung von Düngemitteln ist auf Munizipien der BürgermeisterInnen beschränkt, die der Regierungspartei nahe stehen (139 Mio. Quetzales) und das Programm des „Glases Milch“ deckt bloss 35 Munizipien des Landes ab (32,8 Mio. Quetzales). Damit sind noch nicht einmal jene 147 Munizipien erreicht, die offiziell als extrem arm gelten.“

Zwar sind im Fall der Finca Nueva Linda die Verhandlungen mit den Beset-

zenden bereits soweit vorangeschritten, dass wohl die Regierung eine Finca erwerben und den Fordernden zur Verfügung stellen wird. Doch solche positiven Einzelfälle erscheinen eher als Vorzeigeaktion als als Ausdruck eines wirklichen Richtungswechsels der Politik in Sachen Land.

Einen empfindlichen Schlag zeitigte denn auch wenige Stunden nach Ankündigung des Aufstands durch die CONIC der Mord an dem BäuerInnenführer Antonio Ixbalán Cali und seiner Frau María Petzey Cool in der Gemeinde Valparaíso, Chicacao, Suchitepéquez. Vier Unbekannte, schwer bewaffnet und schwarz gekleidet, hatten die beiden in ihrem Haus erschossen. Laut Tiney ist Ixbalán Präsident der BäuerInnenvereinigung von Santiago Atitlán gewesen und aktives CONIC-Mitglied. Als Ergebnis des unermüdlichen Kampfes um Zugang, Nutzen und Besitz des Landes, wurde die Familie gemeinsam mit 44 anderen im Februar 2002 durch die Übergabe der Finca Valparaíso begünstigt. Im Moment setzten sie sich für den Erlass von Schulden in Höhe von 2,2 Mio. Quetzales ein, die sie für den Erwerb der Finca aufnehmen mussten.

Die CONIC versteht den Mord als Tat gegen sich und fordert eine nachhaltige und intensive Ermittlung.

## Entminungsprogramm braucht Fortführung

**Guatemala, 04. April.** Oberst McDonought, Koordinator des Programms *Integrale Aktion gegen Personenminen* der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) unterstützt die Friedens- und Entminungskommission des Kongresses in ihrem Bemühen um Mechanismen, den Prozess der Minenentschärfung in Guatemala weiter zu führen. Laut dem Abgeordneten der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) Víctor Manuel Sales Ortiz, der der Kommission vorsteht, ist das nationale Terrain im Dezember 2005 zwar für minenfrei erklärt worden, doch gleich im Januar sei am Vulkan Agua eine Personenmine entdeckt worden, die wie so viele andere, während des internen bewaffneten Konflikts gelegt worden ist.

Anlässlich des *Internationalen Tags zur Information über die Gefahr von Minen* am 04. April machte UN-Generalsekretär Kofi Annan darauf aufmerksam, dass laut UNICEF Sprengkörper aus Kriegen, die nicht explodiert sind, jährlich zwischen drei- bis viertausend Kinder in mehr als 80 Ländern töten oder verletzen.

In Guatemala sind seit Ende des

Konflikts mehr als zehn Menschen aufgrund von Land- oder Personen-Minen umgekommen. In den besonders vom Krieg betroffenen Departements Quiché, Huehuetenango, San Marcos, Sololá, Petén, Alta und Baja Verapaz ist bereits die erste Phase des Nationalen Entminungsplans abgeschlossen. Zuständig

dafür war das Militär, die ehemalige Guerrilla, die Freiwillige Feuerwehr, die Gemeinden selbst sowie der Kongress, unterstützt durch die OAS. Dennoch sei eine Fortführung des Programms unbedingt nötig, so Sales, der um eine stärkere finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft vorsprach.

## Erste Anhörung wegen Genozids

**Guatemala, 29. März.** Der zuständige guatemalteckische Strafrichter Saúl Álvarez hat auf Geheiss des Spanischen Gerichtshofes beschlossen, die Vorladungen der mutmasslichen Involvierten in das Massaker in der Spanischen Botschaft 1980 einzuleiten. Die Anhörungen der elf ZeugInnen und der beschuldigten Militärs sollen ab kommenden Juni stattfinden. Für die Ermittlungen wird die Anwesenheit eines anleitenden Richters und einer Anwalts-Equipe aus Spanien erwartet.

Im Jahr 2005 hat die Spanische Justiz die Klage wegen Genozids angenommen, die die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eingereicht hat. Dar-

aufhin stellte Spanien einen Antrag an Guatemala, Efraín Ríos Montt, Romeo Lucas García, Germán Chupina Barahona, Donaldo Álvarez Ruiz und Pedro García Arredondo wegen des Mordes an sieben Spaniern zu vernehmen, von denen drei bei dem Brand der Botschaft ums Leben kamen.

Ende Februar bestätigte die spanische Strafinstanz ihre Kompetenz, die Verbrechen des Genozids, die in Guatemala zwischen 1978 und 1986 begangen wurden, strafrechtlich zu verfolgen, eine Entscheidung, die von den guatemalteckischen Opfern begrüsst wurde, stellt sie doch eine erste Hoffnung auf Gerechtigkeit dar.

## Razzien bei Kommunalradios

**Guatemala, 23. März.** In Guatemala spielen Kommunalradios eine Schlüsselrolle bei der Informationsvermittlung in indigenen ländlichen Gemeinden. Diese Rolle wird ihnen bereits in den Friedensabkommen zugestanden, wo es im Abkommen über die Rechte und Identität der indigenen Bevölkerung einen speziellen Paragraphen dazu gibt. Von unschätzbarem Wert waren die Kommunalradios z.B. auch während des Hurrican *Stan*, wo sie unermüdlich Informationen über die Lage in den Gemeinden, über eingestürzte Brücken und verschüttete Strassen übermittelten, Familienangehörige benachrichtigten, Lebensmittel und Geld sammelten und auf diese Weise wichtige Aufgaben übernahmen, die eigentlich der Staat hätte erfüllen sollen. Auch in den Bereichen (Bewusstseins-) Bildung und Aufklärung nehmen viele Kommunalradios im Vergleich zu ihren kommerziellen Pendanten eine wichtige soziale Rolle wahr.

In einem Land wie Guatemala aber, in dem Radiofrequenzen zu horrend teuren Preisen gehandelt werden (bis zu 28'000 US-\$), senden die meisten Kommunalradios ohne eigene Frequenz, sind also gemäss Gesetz illegal. Dies führt immer wieder dazu, dass die entspre-

chenden Behörden versuchen, solche Radios zu schliessen oder ihnen die Sendeanlage zu zerstören.

Laut Informationen des *Guatemaltekischen Rates der Kommunalradios* (CGCC) wurden im Verlauf eines Monats, zwischen Februar und März 2006, in zwölf kommunalen Radios in den Departements Jalapa, Jutiapa, Huehuetenango und Guatemala Razzien durchgeführt und Personal verhaftet. Dies, obwohl vor einem Jahr auf Drängen der *Weltweiten Vereinigung der Kommunalradios* (AMARC) und Eduardo Bertoni, Beauftragter für Meinungsfreiheit der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA), ein sog. Runder Tisch einberufen wurde, um das Thema zu erläutern. Eingeladen zu diesem Runden Tisch sind VertreterInnen der Kommunalradios und der Regierung, namentlich der Leiter der *Präsidentialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH), Frank LaRue. Bis dato ist dieser Runde Tisch genau einmal zusammengetroffen. Eine der Übereinkünfte, die dabei getroffen wurden, ist die Suspendierung jeglicher Razzien in den Kommunalradios. Eine andere, ebenfalls nicht eingehaltene Abmachung ist, dass die Regierung und die zuständige Telekommunikati-

onsbehörde (SIT) einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten, um den Kommunalradios einen legalen Status zu verschaffen. Ein Gesetzesvorschlag über die Vergabe von Radiofrequenzen wird seit Jahren zwischen dem Kongress und der SIT hin und hergeschoben.

Gemäss Marcelino Moscut, Kongressabgeordneter und *Vertreter der Vereinigung der guatemaltekischen Kommunalradios* (ARCG), geht es bei der Debatte über die Kommunalradios nicht um ein technisches Problem, wie man immer glaubhaft machen wolle, sondern um eine politische Angelegenheit. Oftmals sind es tatsächlich die Kommunalradios, die als einzige Korruptionsfälle und Menschenrechtsverletzungen in den Gemeinden zur Sprache bringen.

Interessant ist, dass die Razzien in den Kommunalradios von einer Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft für „Delikte gegen JournalistInnen und GewerkschafterInnen“ in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt wurden. Diese Sonderabteilung wurde geschaffen, um Vergehen am Menschenrecht auf Meinungsfreiheit zu verfolgen. Paradoxerweise werden jetzt diejenigen verfolgt, die das Recht auf Meinungsfreiheit verteidigen.

## Hoffnungsschimmer für MigrantInnen in den USA?

**Washington, 28. März.** Nach der Ankündigung, eine 1'200 km lange Mauer an der Südgrenze zwischen den USA und Mexiko zu errichten und die Grenz- und Migrationskontrollen um ein Vielfaches zu verschärfen, um den MigrantInnen die Einreise in die Vereinten Staaten noch weiter zu erschweren, billigte Ende März zumindest die Rechtskommission des US-Senats einen reformierten Gesetzesvorschlag in Sachen Immigration, der den Weg für rund 11 Millionen nicht-dokumentierte Arbeitende ebnet, die die US-amerikanische BürgerInnen-schaft oder zumindest eine Aufenthalts-genehmigung zu erlangen. (¡Fijáte! 355)

Nach zahlreichen Protesttagen, die vom Bundesstaat Kalifornien bis zum Kongresssitz in Washington stattfanden und nicht zu vergessen in einem Wahljahr der Legislative, stimmte jene Kommission zudem gegen den Vorschlag, sowohl denjenigen Personen Haftstrafen aufzuerlegen, die sich ohne legalen Status im Land aufhalten als auch jene zu bestrafen, die die MigrantInnen in irgendeiner Weise unterstützen.

Zwar sieht die Initiative allgemein durchaus vor, die Grenzkontrolle auszuweiten, doch haben die MigrantInnen die oft mörderischen Hürden der Einreise erst einmal überwunden, soll ihnen der legale Aufenthalt als Zeitarbeitende erleichtert werden. Der Vorschlag des

demokratischen Senators Edward M. Kennedy sieht die Vergabe von 3-Jahres-Visa vor, die auf sechs Jahre verlängert werden können. Ausserdem beinhaltet sie Arbeitsschutz für die Arbeitenden und Visa für ihre Familienangehörigen, sowie die erleichterte Option für ein ständiges Bleiben. Die Menge der Arbeitsvisa soll sich flexibel den Bedürfnissen des Marktes anpassen, zu Beginn sind 400'000 Genehmigungen vorgesehen.

Ein weiterer demokratischer Vorschlag wurde von der Kommission gebilligt, mittels dem 1,5 Mio. nicht-dokumentierte Arbeitende im Landwirtschaftssektor legalisiert werden sollen, die meisten von diesen stammten aus Mexiko. Dieses „Pilot-Programm“ könne im Laufe der Zeit ausgeweitet werden.

Doch dies sind erst Vorschläge von einer Kommission, deren Gewicht im Senat ungewiss ist. Wirklich aussichtsreich scheint die Initiative im Moment nicht zu sein, haben doch die GegnerInnen nach langem Disput, der laut Führungsspitze des US-Senats schon in einer historischen Vereinbarung resultierte, im letzten Moment alle Hoffnungen zunichte gemacht, kamen nämlich am Ende nicht genügend Stimmen für die Verabschiedung des Gesetzesvorschlags zusammen.

Derweil fürchten die MigrantInnen, die sich ohne Aufenthaltspapiere in den USA aufhalten, immer noch die Entwicklung der Senats-Diskussion um das berüchtigte Gesetz HR 4437, das noch nicht vom Tisch ist.

Für den ersten Mai sind derweil alle nicht-dokumentierten MigrantInnen in den Vereinten Staaten aufgerufen, sich an einer landesweiten Demonstration für ihre Rechte zu beteiligen. Die Bevölkerung in den Heimatländern wird unterdessen dazu angehalten, am 1. Mai die USA zu boykottieren, indem keine US-amerikanischen Produkte gekauft und US-amerikanische Geschäfte wie McDonald's etc. gemieden werden. Schon für den 10. April ist ein Mega-Protest in den USA geplant.

Daten der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IADB) belegen einen Rekordanstieg von 17% im Vergleich zum Vorjahr der sog. *remesas*, also Geldrücküberweisungen, die lateinamerikanische MigrantInnen 2005 in ihre Heimatländer tätigten. Schon seit einiger Zeit sind diese Gelder nicht nur ein wichtiges Standbein für die Familien, sondern für die nationale Wirtschaft im allgemeinen inzwischen unabdingbar, haben sie doch bereits deutlich die finanzielle Unterstützung der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit als Deviseneingang übertrumpft.

## Vorausgehende Schatten über dem neuen Verfassungsgericht

**Guatemala, 06. April.** Ab dem 14. April ist für die nächsten fünf Jahre die Belegschaft des Verfassungsgerichts (CC) neu zusammengewürfelt, bestehend aus je einer/m RepräsentantIn und deren/dessen StellvertreterIn von fünf Instanzen: dem Kongress, der Exekutive, dem *Höchsten Gerichtshof* (CSJ), der *Anwalts- und Notarkammer* (CANG), sowie des *Oberen Universitätsrats* (CSU) der *Universität San Carlos* (USAC).

Aufgrund einer studentischen Anfechtung der Wahl des CSU-Repräsentanten, Mario Ramírez Pérez Guerra, der sich mit einer Stimme gegen den Gegenkandidaten Héctor Efraín Trujillo Aldana durchsetzte, wurde dem Dekret, mit dem die neun neuen, nicht belangten VerfassungsrichterInnen ernannt werden, ein vorläufiger Status verliehen, bleibt doch, solange der CSU-Fall nicht geklärt ist, der bisherige Universitätsvertreter Cipriano Soto Tobar im Amt.

Die *Pro-Justiz-Bewegung*, die aus der *Myrna Mack-Stiftung*, dem *Institut für vergleichende Studien im Strafrecht* (IECCP), der Vereinigung *Madres Angustiadas* und den *FreundInnen gegen das Verbrechen und die Entführung* besteht, stellte schon Wochen vor den Institutionsinternen Wahlen der VerfassungsrichterInnen ihre Forderungen auf: Die KandidatInnen sollten sich neben professioneller Exzellenz auszeichnen durch Ethik, Legitimation durch ihr Gremium sowie Neutralität und somit die Voraussetzungen mitbringen, das Image dieser Rechtsinstanz zu retten. Dieser wird hinsichtlich der letzten fünf Jahre nicht nur parteipolitische Affinität, sondern auch extreme Langsamkeit von Prozessen und Undurchsichtigkeit von Resolutionen vorgeworfen. Das Beispiel schlechthin sowohl für die Verfassungswidrigkeit so mancher Entscheidung als auch der Parteilichkeit, ist das Urteil des CC, das 2003 Efraín Ríos Montt die Präsidentschaftskandidatur ermöglichte, obwohl laut Verfassung niemand kandidieren darf, der in einen Putsch verwickelt war.

### In eigener Sache

In diesen Tagen wurden und werden die "deutschen" Rechnungen für den ¡Fijáte! 2006 verschickt, sowohl per Post als auch per E-Mail. Wir würden uns über die Arbeits- und Nervenerleichterung freuen, indem sie baldmöglichst beglichen würden.

Vielen Dank!

Die Redaktion

Aufgrund dieses Entscheides wurde jener Cipriano Soto Tobar vom CSU als *persona non grata* deklariert und eigentlich aus dem heurigen Wahlprozess ausgeschlossen, hatte er doch eine Wiederwahl angestrebt.

Obwohl sich die Wahlgremien vermeintlich der Transparenz des Prozesses verschreiben wollten, indem die Namen der KandidatInnen im Vorfeld publik gemacht und Zentren geöffnet wurden, wo Anzeigen von Anomalien entgegengenommen wurden, entpuppte sich die Wahl als Ergebnis von Kungeleien und persönlicher Neigung der Wählenden. Lediglich der CANG wird tatsächlich Transparenz versichert. Deren Präsidentin, Yolanda Pérez, hob als wünschenswerte Charakteristika der CC-KandidatInnen hervor, dass sie neben Verfassungsrechtlicher und Arbeitserfahrung sich dem Land und der Demokratie ethisch verpflichtet fühlen sollten. Dass manches Curriculum weder diesen Ansprüchen noch denen der *Pro-Justiz-Bewegung* entspricht, sei an einigen Exempeln statuiert.

Dem derweil unterlegenen Gegenkandidaten im Universitätsrat, Trujillo Aldana, der von der Einspruch erhebenden Studierendengruppe favorisiert wird, hängt ein Ermittlungsprozess wegen mutmasslicher Beteiligung am Millionenbetrug im *Sozialversicherungsinstitut* (IGGS) an. Der letztendlich nicht gewählte Jurist Rolando Segura, der für den *Obersten Gerichtshof* (CSJ) kandidierte, wird als einer jener Steineleger betrachtet, der den Justizprozess gegen die Militärs behinderte, die als die intellektuellen Verantwortlichen für den Mord an der Anthropologin Myrna Mack 1991 gelten. Die als Repräsentantin des CSJ gewählte Gladis Chacón Corado hat zwar als CSJ-Abteilungsleiterin Erfahrung, kann aber verwaltungsrechtlich nichts nachweisen, was sie für ihren neuen Job qualifizieren würde. Ein weiterer grauer Schatten liegt auf der Wahl Chacóns, die im Vorhinein offenbar bereits festgelegt, also nicht demokratisch gewählt wurde.

Auch ein anderer, nun gewählter ehemaliger CSJ-Richter, wird von den BeobachterInnen in Frage gestellt: Rodrigo Pineda Sánchez, ausgesuchter stellvertretender Verfassungsrichter von Seiten des Kongresses, war 2003 der einzige des *Höchsten Verfassungsgerichts*, der sich für die Kandidatur Ríos Montts aussprach.

So kann sich die Wahl im Kongress auch nicht wirklich der Transparenz rühmen. Vielmehr handelte es sich um einen direkten CC-Repräsentanten-Handel zwischen der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) und der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG). Letztendlich wurden mit 88 Stimmen von GANA, FRG, den *Integracio-*

*nistas*, den *Unionistas* und der Partei DIA Alejandro Maldonado Aguirre, Abgeordneter der *Unionistas*, als erster und eben Pineda Sánchez als stellvertreter der CC-Richter gewählt. Die oppositionellen Kongressabgeordneten verliessen als Ausdruck ihres Unmuts noch vor der Wahl den Saal.

Von Seiten der *Anwalts- und Notarkammer* wurden Juan Francisco Flores Juárez, aktueller CC-Präsident, und Carlos Enrique Luna Villacorta, sein aktueller Stellvertreter, als „Erster“ und „Zweiter“ respektive wiedergewählt. (Der Vorsitz im Verfassungsgericht geht Jahresweise automatisch reihum.) Die Exekutive entsendet Roberto Molina Barreta, derzeitiger *Nationaler Generalprokurator* und Mitglied des *Zentrums für die Verteidigung der Verfassung*, sowie José Quesada Fernández, von 1999 bis 2005 Präsident des *Obersten Gerichtshofes*, ins Verfassungsgericht.

Die neue Equipe übernimmt ein schweres Erbe. Gemäss dem CC-Sekretariat hinterlässt die ausscheidende CC-Mannschaft mindestens 65 Prozessakten, die gesellschaftliche Relevanz haben. Darunter befindet sich der von der Zivilgesellschaft eingereichte Einspruch gegen den Freihandelsvertrag zwischen den USA und Zentralamerika (TLC), der Prozess gegen den Ex-Bankier Francisco Alvarado Macdonald, der Prozess gegen Álvaro Colóm, der Betrugsfall im *Sozialversicherungsinstitut* (IGGS), der Fall des Mordes an Bischof Gerardi und einige Aktionen des *Menschenrechtsprokurats* (PDH).

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)**

## Gesetz gegen das organisierte Verbrechen?

**Guatemala, 07. April.** Kongresspräsident Jorge Méndez Herbruger beglückwünschte den Kongress via Zeitungsannonce für die Verabschiedung des Dekrets 7-2006, dem „Gesetz zum Kampf gegen das Organisierte Verbrechen“. Dieses Gesetz spiegele, so Herbruger in der Anzeige, die Tüchtigkeit und Fähigkeit der Abgeordneten wider, Vereinbarungen und Konsens mittels Dialog zu erreichen. Zudem sei der Erlass das wichtigste Instrument für die zuständigen Instanzen der Justiz, um den Guatemalteken jene Sicherheit zu bieten, die sie verdienten.

Welch Überraschung, als die Tageszeitung *Prensa Libre* entdeckte, dass das verabschiedete Dekret nicht den vorherigen Versionen entsprach und inhaltlich diverse Schwächen aufwies. Einstimmig hatte der Kongress abgestimmt und somit einem Gesetz freie Bahn verschafft, dessen Zweck darin bestehen soll, Ermittlungs- und Verfolgungsmechanismen für solche Straftaten zu regulieren, die auf das Organisierte Verbrechen zurückzuführen sind. Nun hat die Staatsanwaltschaft offiziell Instrumente wie verdeckte Ermittlung,

kontrollierte Übergaben (von illegalen Waren, Drogen etc.) und Telefonabhörmassnahmen an der Hand. Ausserdem definiert das neue Gesetz „Verschwörung“ als Delikt, und zwar, wenn zwei oder mehr Personen sich zusammentun, um eine Auswahl von 28 festgelegten schweren Verbrechen zu begehen, darunter Drogenhandel, Geldwäsche, Entführung, Mord und ähnliches.

In allerletzter Minute vor der finalen Abstimmung wurden jedoch noch einige Modifikationen am Gesetzestext vorgenommen, die auf einmal dem Delikt der Konspiration keine Strafe zuschreiben und die Haftstrafen für in Verschwörung begangene Verbrechen auf die Hälfte der im Strafkodex bestimmten Ahndung kürzen. Dies würde auch rückwirkend für bereits verurteilte TäterInnen gelten.

Anstatt, dass grundsätzlich das guatemaltekische Straf- und Gefängnisystem in Frage gestellt würde, war das Geschrei aller gross, und niemand konnte sich erklären, wie sich diese „Fehler in die Endredaktion“ einschleichen konnten. Wiederum einstimmig wurde beschlossen, den Präsidenten um sein Veto zu bitten, um den Gesetzestext zu berichtigen. Fraglich ist und bleibt, ob es sich tatsächlich um eine Unaufmerksamkeit aller anwesenden und abstimmenden Kongressmitglieder handelte, die der Lesung des Textes nicht folgten, oder ob die Macht des laut Gerüchten hinter einigen Abgeordneten selbst steckenden Organisierten Verbrechens doch seine Finger mit im Spiel hatte.

Dass die Modifikationen, die von der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) und der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) vorgebracht wurden, persönliche oder zumindest nahe Interessen verfolgen, ist reichlich auffällig hinsichtlich der gestrichenen Absätze, die beispielsweise den Klau von Fahrzeugen und den Handel von gestohlenen Waren benennen, ist doch der Fahrzeughandel nach den Drogen das zweitgrösste illegale Geschäft, das das meiste Geld im Land im Umlauf hält. Unklar bleibt noch die endgültige Reichweite des Delikts der Verschwörung, das sich laut FRG-VertreterInnen im Vorfeld auf Drogenhandel, Entführung und Terrorismus beschränken sollte. Somit wären der Menschen- und Waffenhandel, die Geldwäsche, Schmuggel und Banküberfälle doch „befreit“ vom Übel der Verschwörung, just Verbrechen, die in vielen Fällen in Verbindung stehen mit hohen Regierungs-, Politik- oder Unternehmensebenen.

Seit 2004 beschäftigt sich der Kongress mit einem Gesetzespaket in Sachen

Sicherheit, das vier Initiativen beinhaltet: die erwähnte gegen das Organisierte Verbrechen, eine, die Sicherheitsfirmen reguliert, die zur Kontrolle von Waffen und Munitionen und die zum Gefängnisssystem. Die Ausrede also, dass das Gesetz gegen das Organisierte Verbrechen mit besonderer Dringlichkeit verabschiedet wurde, und deswegen die Aufregung, dass es tatsächlich Realität würde, so gross war, dass die Details übersehen wurden, ist angesichts der ständigen Verschiebung auf der Legislativagenda schwach.

Nichtsdestotrotz erschreckt die eingestandene Unverantwortlichkeit von Seiten der VolksvertreterInnen in Bezug auf Angelegenheiten, die weitreichende Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft haben. So wird denn auch beanstandet, dass der Kongress in der gleichen Weise, also ohne den Text wirklich zu kennen, das Gesetz für das Freihandelsabkommen mit den USA (TLC) durchgewinkt habe und somit mögliche Verfassungswidrigkeiten und Beeinträchtigungen für die Bevölkerung nicht aufgedeckt habe.

Haroldo Shetemul stellt in der *Prensa Libre* entsprechende Hypothesen auf: „Unter den möglichen Erklärungen für diesen schweren Fehler findet sich die, dass die Abgeordneten derzeit ihre Gedanken auf die zukünftige Wahlkampagne ausgerichtet haben anstatt auf die Schaffung von Gesetzen. Für einige scheinen ihre mögliche Wiederwahl oder ihre persönlichen politischen Projekte an erster Stelle zu stehen, die Legislativarbeit erledigen sie nebenbei. Sollte dies der Grund für den Irrtum sein, heisst das, dass im Kongress 158 Abgeordnete sitzen, die sich darauf beschränken ihre Hände zu heben, ohne darauf zu achten, was sie billigen.“

In der Woche nach Ostern wollen sich die Kongressabgeordneten noch einmal mit dem Fall beschäftigen, die nötigen Korrekturen vornehmen und wohl auf den ursprünglich zur Billigung vorgelegten Text zurückgreifen.

Doch kurzfristig ist auch nach Verabschiedung des revidierten Gesetzes kein Wunder in Sachen Sicherheit im Land zu erwarten, gestand Innenminister Vielmann doch ein, dass der Etat nicht ausreiche, um die nötigen Massnahmen wie Fortbildung und Ausrüstung zu realisieren und das Gesetz zu erfüllen. Wichtig sei jedoch erst einmal die Gesetzesbilligung, die Ausführung werde schrittweise erfolgen. In erster Linie vertraue er auf die internationale Unterstützung, und im Haushalt für das nächste Jahr würden dann die notwendigen Posten berücksichtigt.

## „Sterne der Linie“ auf Erfolgskurs

**Guatemala, 27. März.** Der Dokumentarfilm „Estrellas de la Línea“, der die Gewaltsituation zeigt, der tagtäglich die SexarbeiterInnen in Guatemala ausgesetzt sind, hat inzwischen zahlreiche Erfolge in verschiedenen europäischen Ländern geerntet. Entsprechend gespannt ist der Autor des Streifens hinsichtlich der Reaktionen des guatemaltekischen Publikums.

Auf der Berlinale im Februar gewann der Film den zweiten Preis in der Rubrik Panorama und wird, trotz der bereits mehrfachen Präsentationen, in Kürze auf dem *Festival des Spanischen Kinos* in Málaga teilnehmen. (¡Fijáte! 352)

Der guatemaltekische Journalist Andrés Zepeda, der die Frauen bei der Initiative unterstützte, das Frauenfussballteam „Estrellas de la Línea“ zu gründen, weiss, dass es den lateinamerikanischen Ländern nicht gefällt, sich selbst im Spiegel zu sehen, deswegen sei es eine Herausforderung, den Film hier zu zeigen. Möglicherweise ver helfe aber die internationale Anerkennung ihm auch in Guatemala zu einem grösseren Erfolg, hofft Zepeda.

Der Dokumentarfilm wurde von dem Spanier Chema Rodríguez gedreht.